

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/92

Bonn, den 13. Mai 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 3	Bildungspolitik nach den Wahlen	146

Es fehlt eine Regierung, die Prioritäten setzt

Von Bernhard Wittmann

4	Gumbels Eingeständnis	51
---	-----------------------	----

Sicherheit wovon?

Von Dr. Ulrich Lohmer MdB

5	Drei Milliarden für Hessens Straßen	48
---	-------------------------------------	----

Strukturverbesserung und Straßentau
erfolgen im Großen Hessianplan Hand in Hand

6	Das Rote Kreuz und der Vietnamkonflikt	52
---	--	----

Von Pierre Simonitsch, Genf

+ + +

Bildungspolitik nach den Wahlen

Es fehlt eine Regierung die Prioritäten setzt

Von Bernhard Wittmann

Bildungsfragen wurden bei den vergangenen Unterhauswahlen von etwa 40 Prozent der britischen Wähler zu den drei wichtigsten Punkten gewählt, um die es bei den Parlamentswahlen ging. Das bedeutet die Bestätigung eines Trends, der in allen Kulturländern zu bemerken ist. Man erkennt zunehmend die Bedeutung der Bildung und der damit zusammenhängenden Prognose nicht nur für den Einzelnen, vielmehr für die gesamte Gesellschaft.

Dieser Trend ist auch in der Bundesrepublik spürbar. Bei den vergangenen Bundestagswahlen kam er deutlich zum Ausdruck. Staatliche Parteien selbst die nur wenige Prozent der Bevölkerung ansprechenden Wählerparteien, führten den Wahlkampf nicht zuletzt unter dem Banner der Bildung. Teile waren ihre Parteien begünstigend geführt und verwiesen auf angebliche Erfolge der Regierung. Teile wurden diese angeblichen Erfolge mit Vig und Recht in Zweifel gezogen. "Vorsicht - verschüchtern - verrotten" so lautete der Titel einer Broschüre, mit der die SPD die Bildungspolitik der Bundesregierung angriff. Die SPD entwarf als Alternative ein bildungspolitisches Sofortprogramm. Sie trat vor ihren Wählern mit der Parole "Aufstieg durch Bildung", während sich CDU und FDP noch für die Formel "Wohlstand durch Bildung" entschieden.

"Es muß dem deutschen Volke bewußt sein, daß die Aufgaben der Bildung und Forschung für unser Geschlecht den gleichen Rang besitzen wie die soziale Frage des 19. Jahrhunderts", hatte Bundeskanzler Erhard gesagt, als er seinerzeit sein Amt antrat. Gleiches meinte die SPD, wenn sie die Reform der Bildungspolitik zur "wichtigsten Gemeinschaftsaufgabe unseres Volkes" erklärte. Die FDP stieg nicht zurück. "Die moderne Gesellschaft", so versicherte sie in einer ihrer Wahlschriften, "ist auf dem Wege zur Bildungsgesellschaft".

Bildungsprobleme standen also durchaus auch bei uns im Vordergrund der Wahl und dadurch auch in der Entscheidung der Wähler.

Vergleiche mit dem Ausland

Anders ist es schon bei der Erfüllung dieser Wahlversprechen. Auch hier wird gelegentlich noch ein Blick auf das Ausland gerichtet. Allerdings nicht mehr mit sonderlicher Wirksamkeit. Vergleiche etwa mit den USA oder mit der UdSSR wirken schon fast abgeschmackt und verlecken kaum noch jemanden zur Diskussion. Vergleiche mit Großbritannien sind wegen der Kürze der seit den Wahlen vergangenen Zeit vielleicht noch nicht ganz möglich, für manchen aber auch gar nicht so ungefährlich. Denn in der Wahlanneinsetzung auf bildungspolitischem Gebiet ging es in dem Inselreich vordergründig um die Frage der Comprehensive-School. Diese Einrichtung würde man in der bundesdeutschen Bildungsdiskussion wohl mit Gesamtschule bezeichnen müssen. Und das ist haargenau das bildungspolitische Thema, bei dem bei uns die Fronten noch sehr hart aufeinanderprallen. Dabei berichtete die "Times", daß die Comprehensive-School in den letzten vier Jahren stark an Beliebtheit gewonnen hat. Sie werde von über der Hälfte der Wählerschaft bejaht. Sogar die "Times" vertritt die Meinung, die Comprehensive-School werde kommen, eine Meinung, die, auf die Gesamtschule übertragen, in der Bundesrepublik zur

von wenigen Weitsichtigen gefaßt und tatkräftig zu verwirklichen versucht wird.

Ein Vergleich mit Frankreich ist noch nicht recht im Schwange, obwohl es doch in vielerlei Hinsicht als Vergleichsland imponieren könnte, zumal es vor noch nicht allzulanger Zeit auch dort eine neue Unterrichtsform gab. Aber vielleicht liegt das daran, daß man sich bei dieser Reform ausdrücklich darauf berief, das Unterrichtswesen an die Bedürfnisse der Nation anzugleichen. Es war das erklärte Ziel der Reform, das Unterrichtswesen zu demokratisieren. Man führte in diesem Zusammenhang an, daß auch heute noch nur etwa 15 Prozent der Studenten aus Arbeiter- und Bauernfamilien stammen (während man sich bei uns immer noch mit etwa einem Drittel dieses Prozentsatzes begnügt).

Aber es ist gewiß möglich, auch ohne die Heranziehung ausländischer Vergleiche die bildungspolitische Aktivität und Effektivität in unserem Lande nach den Bundestagswahlen zu beurteilen. Dabei möchte man annehmen, daß sich positive Feststellungen machen ließen: denn wenn man die Stimmen der SPD und der FDP bei den Bundestagswahlen zusammennimmt, so kann man doch daraus gewiß auch folgern, daß sich über die Hälfte der Wähler in der Bundesrepublik ausdrücklich zu einer Änderung in der bisherigen Bildungspolitik bekannt hat. Kann eine siegreiche Partei ein solch eindrucksvolles Votum in den Wind schlagen? Zählt bei uns noch das moralische Gewicht der Wählerstimmen?

Verkümt, verzögert, vertagt

Eine Antwort auf diese Fragen läßt sich aus der bisherigen Politik der Bundesregierung ablesen: Auf dem Gebiet der Bildungspolitik gilt weiter die Bestimmung in der Überschrift der Broschüre der SPD: Verkümt - verzögert - vertagt!

Der Beweis dafür läßt sich leicht antreten, wenn man die bildungspolitischen Aktivitäten der Bundesregierung seit den Wahlen Revue passieren läßt:

- * Die Wissenschaftsförderung läßt immer noch zu wünschen übrig
- * Schon am 3. August 1965 erklärte SPD-Vorstandsmitglied Waldemar von Kneorringen: "Das Versagen der Bundesregierung im Bereich der Wissenschaftspolitik wird zur offenen Krise". Der Vorsitzende des Wissenschaftsrates hält für die Forschungsförderung das Prädikat "Ebedenkliche Unordnung" bereit. In der Wissenschaftsdebatte des Bundestages am 10. Februar 1966 ging es um zu geringe Mittel, zu denen MdB Dr. Ulrich Lohmar (SPD) erklärte: "Es fehlen also 180 Millionen, der Gegenwert von 26 Starfightern, so viel, wie die Bundeswehr im letzten Jahr verloren hat." Tage zuvor hatte die Westdeutsche Rektorenkonferenz einen unüberhörbaren Protestruf erhoben und Studenten demonstrierten mit Plakaten mit folgenden Inschriften: "Baustopp - Bildungsstopp" und "Mehr Gold - mehr Grips".
- * Auch auf dem Gebiet der Ausbildungshilfe fehlt eine klare Konzeption, wie sich in der Fragestunde des Bundestages am 18. März 1966 ergab. Statt des Stiebkannenprinzips ist eine gezielte und einheitliche Ausbildungsförderung nötig. Nach der Fragestunde meldete die Bundestagsabgeordnete Brigitte Freyh (SPD) Zweifel an, ob die Bundesregierung sich in den verwirrenden und unein-

* leitlichen System ihrer Ausbildungshilfenpolitik selbst überhaupt
/ noch zurecht findet.

* Ein Berufsausbildungsgesetz, dessen Vorlage der Bundestag schon
* im Jahre 1962 einstimmig gefordert hat, fehlt immer noch. Der Bun-
* destagsabgeordnete Heinz Westphal (SPD) bezeichnete seine Schaf-
* lung im November 1965 als eine der vorzüglichsten Aufgaben des
* gegenwärtigen Bundestages. Noch unlängst warf die katholische Zei-
* tung junger Arbeitnehmer, "Beifreiung", der Bundesregierung vor:
/ "Die Bundesregierung wird unglaubwürdig, wenn sie auf der einen
* Seite bei allen Diskussionen um die Bildungsreform immer wieder
* auf die Kulturhoheit der Länder hinweist, auf der anderen Seite
* aber in einem sehr wichtigen Kulturbereich, nämlich der betriebli-
* chen Ausbildung (wo sie die Kulturhoheit besitzt), nichts tut."

* Für Bildungsfragen nicht unbedeutend ist die Finanzierung solcher
/ Vorhaben. Schon in der Antwort auf die Regierungserklärung bemerkte
* SPD-Fraktionsvorsitzender Fritz Erler dazu: "So ist die Finanz-
* reform, die Aufteilung der Finanzmasse auf Bund, Länder und Gemein-
* den entsprechend ihrer wirklichen Aufgaben überhaupt." Grundsätzlich
* für eine Finanzreform und die Erhöhung der Bildungsausgaben stellte
* vor kurzen das sogenannte Träger-Gutachten auf, wobei die
* Dringlichkeit der Lösung dieser Frage betont wurde, ohne daß bis-
* her etwas geschah.

Nun, diese Liste der offenen Frage ließe sich gewiß noch erweitern.
Aber es mag genug sein mit den aufgezählten Sachverhalten. Das alles
erkennen, daß bisher aus der Erkenntnis der Bedeutung der Bildungspoli-
tik seitens der Bundesregierung noch nicht die notwendigen Konsequenzen
gezogen worden, ja, daß es an einer Gesamtkonzeption oder an einer Ge-
samtbildungsplanung mangelt. Angesichts dieser Feststellung richten
sich alle Augen auf die Tätigkeit des Bildungsrates, der sich am 17.
März 1966 konstituierte. Seine Aufgabe ist es nach dem über ihn ge-
schlossenen Abkommen, Bedarfs- und Entwicklungspläne für das deutsche
Bildungswesen zu entwerfen, Vorschläge für die Struktur des Bildungswes-
sens und den daraus entstehenden Finanzbedarf zu machen und Empfehlun-
gen für langfristige Planungen auszusprechen. Aber der Bildungsrat hat
keine "Kompetenz". Die Verantwortung der Politik bleibt

Was notwendig ist, hat GdB Dr. Günther Müller (SPD) unlängst klar-
gestellt: Wir brauchen eine Politik der Prioritäten und den politischen
Willen für eine solche Politik. "Wie leichtfertig geht man doch oft mit
dem Geld des Steuerzahlers um! Da jammert heute die Bundesregierung
daß sie zu wenig Einnahmen hat; die gleiche Regierung, die aus wahlak-
tischen Gründen und gegen den Rat der Konjunkturfachleute vor der Bun-
destagswahl die Einkommensteuer senkte. Da werden über Subventionen Pro-
duktionszweige gefördert, die unter Überproduktion leiden oder man gibt
Subventionen an Aktiengesellschaften, damit sie ihre Dividende nicht
zu kürzen brauchen."

Wir brauchen in der Bundesrepublik keine allgemeine Debatte mehr.
Uns fehlt nur eines: Eine politische Führung, die Prioritäten setzt; ei-
ne Regierung, die die Konsequenzen aus der Erkenntnis von der Bedeutung
der Wissenschafts- und Bildungspolitik zieht und es nicht bei Verspre-
chungen beläßt. Es ist nicht neu, aber es stimmt heute mehr denn je zu-
vor: Bildung entscheidet unser Schicksal!

Gumbels Eingeständnis

Sicherheit wovor ?

Von Dr. Ulrich Lehmar, MdB

Im Vorlauf einer der letzten Fragestunden des Bundestages gab der Staatssekretär des Bundesverteidigungsministeriums bekannt, daß bis 1980 wahrscheinlich keine technischen Möglichkeiten bestehen würden, um das Gebiet und damit die Bevölkerung der Bundesrepublik vor einem Raketenangriff aus dem sowjetischen Machtbereich zu schützen. Diese Tatsache muß weitgehende Konsequenzen für unsere Sicherheitspolitik haben.

Man kann darüber streiten, ob die Sowjetunion heute überhaupt noch an einer militärischen Auseinandersetzung in Europa interessiert ist. Sehr gewichtige Gründe legen die Vermutung nahe, daß der Sowjetunion ebenso wie den USA an einer dauerhaften militärischen Entspannung in Europa gelegen ist. Wenn man dennoch die Möglichkeit einer militärischen Auseinandersetzung zwischen Ost und West in Europa für gegeben hält, dann muß sich die gesamte Verteidigung der Bundesrepublik mit den möglichen konkreten Formen eines solchen militärischen Konflikts befassen. Das Eingeständnis von Staatssekretär Gumbel bedeutet nichts anderes, als daß ein Schutz der Bundesrepublik in einem Konflikt mit atomaren Waffen für die nächste Generation nicht zu gewährleisten ist. Militärisch folgt daraus, die technischen Möglichkeiten einer Raketenabwehr und einer Verbesserung der Radarortung gegenüber tieffliegenden Flugzeugen mit allem Nachdruck zu verbessern. Das ist nur im Rahmen einer arbeitsteiligen Forschung zu machen, deren Hauptlast natürlich die USA zu tragen hätten.

Aus den Darlegungen des Staatssekretärs ergibt sich ferner, daß für die Zivilbevölkerung der Bundesrepublik eine Sicherheit im Kriegsfall für absehbare Zeit nur dann bis zu einem gewissen Grade gewährleistet werden kann, wenn sich eine solche militärische Auseinandersetzung auf die sogenannten konventionellen Waffen beschränken läßt. Wenn das so ist, dann müssen aber daraus Folgerungen für die Gestaltung des zivilen Bevölkerungsschutzes und auch für die Notstandsgesetzgebung gezogen werden. Es hat z.B. keinen Sinn, angesichts der technisch-militärischen Lage ein gleichmäßiges und dank eben unzureichendes Schutzsystem für die gesamte Bevölkerung der Bundesrepublik zu entwickeln, solange die Abwehr eines atomaren Angriffs überhaupt nicht möglich ist. Bei einer konventionellen Auseinandersetzung würde es sich in erster Linie darum handeln, die Bevölkerung des Zonenrandgebietes bis zu einer gewissen Tiefe des Gebietes zu sichern und darauf die Maßnahmen des zivilen Bevölkerungsschutzes zu konzentrieren. Da unsere finanziellen Mittel ohnehin begrenzt sind, liegt eine solche Konzentration auch aus diesem Grunde nahe.

Die Feststellung von Staatssekretär Gumbel zeigt wieder einmal, daß in Lebensfragen unseres Volkes oft die linke Hand nicht weiß, was die rechte tut. Während das Verteidigungsministerium offenbar von einer realistischen Einschätzung der militärischen Möglichkeiten ausgeht, die sie aber erst auf Befragen im Bundestag offen eingestekt, hält man im Bundesinnenministerium immer noch an der Fiktion fest, als ob bei allen denkbaren militärischen Konfliktformen ein Schutz der Zivilbevölkerung möglich sei. Herr Gumbel hat dieser optimistischen Überschätzung der Dinge den Boden entzogen. Es wird hohe Zeit, daß die Fraktionen des Bundestages aus dieser so geschilderten Sachlage die Konsequenzen in allen Bereichen der Politik ziehen.

Drei Milliarden für Hessens Straßen

Strukturverbesserung und Straßenbau erfolgen im Großen Hessenplan Hand in Hand

sp - Nahezu alle Maßnahmen des "Großen Hessenplans" haben einen wirtschaftsfördernden Effekt. Das trifft nicht nur auf die speziellen wirtschaftspolitischen Projekte zu, sondern auch auf die sozial- und kulturpolitischen Projekte. Schließlich gehören auch gute Schulen und Kinder- und Jugendeinrichtungen ebenso zu einer verbesserten Infrastruktur wie ausreichende Sportanlagen, eine gesicherte Krankenversorgung und Sicherheit und Hilfe im Alter. Und einen ganz besonderen wirtschaftsfördernden Charakter besitzen auch die verkehrspolitischen Maßnahmen, für die der "Große Hessenplan" in den Landeshaushalten 1965 und 1966 schon 409,1 Millionen DM bereitgestellt hat.

Auf den Zusammenhang zwischen den Maßnahmen der Strukturverbesserung und dem Straßenbau hat Ministerpräsident Dr. Georg-August Zinn schon in seiner Regierungserklärung von 1963 ausdrücklich hingewiesen: "Hand in Hand mit der Verbesserung der wirtschaftlichen Struktur muß die Lösung unserer vordringlichen Verkehrsprobleme gehen. Im Vordergrund steht dabei die Überwindung der Verkehrsmisere unserer Großstädte. Hessen als das Land, in dem sich Wege kreuzen, hat dabei besondere Verpflichtungen. Es ist ihnen auch nie ausgewichen. Es hat als erstes Land den Kraftfahrzeugsteuerverbund zugunsten der Kreise und Gemeinden eingeführt. Wir wenden erheblich mehr Mittel für den Straßenbau auf, als wir an Kraftfahrzeugsteuer einnehmen."

Über drei Milliarden DM sollen vom Land bis 1974 für verkehrspolitische Projekte investiert werden. Dabei finden die Mittel, die für den Straßenbau eingesetzt werden, eine Verwendung im Dienste einer umfassenden Verkehrsplanung, die nicht nur den Bedürfnissen der Wirtschaft und des Berufsverkehrs Rechnung trägt, sondern auch dem Umstand gerecht wird, daß sich der allgemeine Reise- und Erholungsverkehr in immer stärkerem Maße der Straße bedient und mit der zunehmenden Freizeit Belastungen für unser Straßennetz entstanden sind, an die man früher niemals gedacht hat.

Mit den Mitteln, die das Land Hessen daher im Rahmen des Großen Hessenplanes für den Straßenbau aufwenden will, sollen 3.500 Kilometer Landstraßen verbessert werden, 85 höhengleiche Bahnübergänge beseitigt und 75 mindertaugliche Brücken umgebaut oder ersetzt werden. Diese Maßnahmen an den Landesstraßen erfordern allein 1.720 Millionen DM. Weitere 500 Millionen DM sollen im Rahmen eines langfristigen Entwicklungsplans für den Neubau und die Verbesserung von Straßen den kreisfreien Städten und den kreisangehörigen Gemeinden zufließen sowie nochmals 315 Millionen DM für die Verbesserung von 3.100 Kilometer Kreisstraßen. Auch der U-Bahn-Bau in Frankfurt steht mit einem Landeszuschuß von 200 Millionen DM in der Liste der verkehrspolitischen Maßnahmen des Großen Hessenplans, der in seiner Gesamtkonzeption in umfassendem Maße die Bereiche des staatsbürgerlichen Miteinanders fördert und der Gemeinschaft eine zukunftsträchtige Entwicklung sichert. Mit anderen Worten: Bei der Bewältigung dieser großen Gemeinschaftsaufgabe Verkehr lag und liegt Hessen vorn, weil die Probleme rechtzeitig erkannt wurden, weil Georg-August Zinn und sein Kabinett vom Wort zur Tat gelangten.

Das Rote Kreuz und der Vietnamkonflikt

Von Pierre Simonitsch, Genf

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz will nochmals versuchen, mit Hanoi über die Frage der Kriegsgefangenen ins Gespräch zu kommen. Die Amerikaner haben in dieser Sache ihren Spitzendiplomaten Averell Harriman nach Genf beordert, der hier eine etwa einstündige Unterredung mit dem Präsidenten des IKRK, Samuel Gonard, führte. Gonard hatte tags zuvor mit U Thant konferiert.

Die Zahl der vermißten amerikanischen Soldaten in Vietnam bezifferte sich nach offiziellen Angaben am 23. April auf 227. Nur von 33 weiß man mit Sicherheit, daß sie sich in nordvietnamesischer Gefangenschaft befinden. Das Internationale Rote Kreuz führt bereits seit einiger Zeit einen Briefwechsel mit der nordvietnamesischen Rot-Kreuz-Gesellschaft. Diese Kontakte zeigten anfangs gewisse Erfolge, indem es Hanoi gefangenene amerikanische Piloten erlaubte, ihren Angehörigen zu schreiben. Mit der Verschärfung des Krieges jedoch strichen die Nordvietnamesen diese Erleichterung und weigerten sich selbst, dem Roten Kreuz Gefangenenslisten zu übergeben. Nach Ansicht der Regierung in Hanoi kann die von ihr unterzeichnete internationale Konvention über die Behandlung von Kriegsgefangenen im Vietnamkonflikt nicht als verbindlich gelten, weil die Vereinigten Staaten niemals Nordvietnam den Krieg erklärt haben. Die amerikanischen Bombardements seien demnach als Piraterie und völkerrechtswidrige Aggression zu betrachten und die gefangenen amerikanischen Soldaten als Kriegsverbrecher.

Die USA müßten also Nordvietnam eine offizielle Kriegserklärung zustellen. Diese Möglichkeit wurde von Washington bereits verworfen. Hanoi ist sich der amerikanischen Schwierigkeiten wohl bewußt und wird seine wenigen Trumpfkarten kaum aus der Hand geben. Hohe Funktionäre des internationalen Komitees vom Roten Kreuz zeigen deshalb wenig Optimismus, daß es der kasarischen Körperschaft gelingen wird, das Los der Kriegsgefangenen in beiden Lagern zu verbessern. Die gefangenen Nordvietnamesen und Vietkong-Guerillas befinden sich im übrigen nicht in den Händen der Amerikaner, sondern werden den südvietnamesischen Behörden übergeben. Botschafter Harriman unterbrach auch vor Pressevertretern, daß die USA keinen Gefangenen austausch vorgeschlagen haben. Eine weitere Schwierigkeit, zu einem Arrangement zu gelangen, liegt darin, daß es Hanoi bestreitet, reguläre Truppen in der Südeingeschleust zu haben.

Das IKRK läßt sich aber nicht entmutigen und wird nunmehr eine neue Demarche in Hanoi unternehmen, obwohl erst kürzlich Verhandlungen zwischen dem amerikanischen Roten Kreuz und der Vertretung Nordvietnams in Prag fehlgeschlagen waren. Der Präsident des IKRK trat eine Osteuropareise an, die zunächst nach Bukarest führte. Dieser Umstand in Verbindung mit den Genfer Gesprächen, dem Abflug einer rumänischen Regierungsdelegation nach Hanoi, dem überraschenden Erholungsurlaub des rumänischen Ministerpräsidenten Maurer an den Ufern des Genfer Sees sowie mit dem bevorstehenden Besuch Escha En-lais in Bukarest haben zu Spekulationen über eine neue Vietnam-Initiative Anlaß gegeben. Gonard versicherte jedoch den Journalisten, sein Gespräch mit Harriman habe sich ausschließlich um die menschlichen Aspekte des Krieges in Vietnam gedreht. Auch U Thant erklärte bei seinem Abflug aus Genf, er sehe keine Möglichkeit, daß irgend jemand oder irgend ein Land eine Initiative zur Lösung des Vietnamkonflikts unternehmen könnte - "zumindest nicht zum gegenwärtigen Zeitpunkt".